Coronavirus: Berliner Bürgerämter decken dringende Bürgeranfragen ab

Durch die Verbreitung des Coronavirus verschärft sich gegenwärtig auch die Situation in den Berliner Bezirksämtern. Leider bieten nicht alle Bürogebäude die Möglichkeit, den Mindestabstand zwischen Kundinnen und Kunden und Mitarbeitenden einzuhalten. In der Folge müssen einige Bürgerämter vorübergehend schließen oder ihre Öffnungszeiten verändern und auch bereits vereinbarte Termine absagen.

"Die Bezirke unternehmen alles in ihrer Macht stehende, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Bitte haben Sie Verständnis, dass das Dienstleistungsangebot eingeschränkt werden muss und zum Teil – wenn auch vorübergehend – lediglich ein Notbetrieb möglich ist", erklärt die zuständige Staatssekretärin Sabine Smentek. Und weiter: "Wir setzen auf die Solidarität in der Gesellschaft und bitten die Berlinerinnen und Berliner nur unbedingt notwendige Behördengänge vorzunehmen. Die Mitarbeitenden in den Bürgerämtern und bei der Behördennummer 115 leisten hervorragende Arbeit unter schweren Bedingungen." Ein Teil der Serviceleistungen der Berliner Behörden stehen den Bürgern auch digital zur Verfügung, oder können per E-Mail oder Brief geklärt werden.

Bürgerinnen und Bürger können jedoch sicher sein, dass ihre dringlichsten Anliegen und Notfälle weiter vor Ort in den Bürgerämtern bearbeitet werden. Um unnötige Wartezeiten und damit einhergehende Infektionsgefahr für alle Beteiligten zu vermeiden und eventuell das Anliegen schriftlich zu klären, werden Berlinerinnen und Berliner gebeten, sich zur Klärung ihres Einzelfalles vorab telefonisch in ihrem zuständigen Bürgeramt zu melden. Im Internet unter https://service.berlin.de/standorte/buergeraemter/ veröffentlichen die Bürgerämter täglich aktualisiert Telefonnummern und aktuelle Öffnungszeiten in den jeweiligen Bezirken. Ebenso steht die Behördenrufnummer 115 für Auskünfte aller Art zu Verwaltungsleistungen zur Verfügung.

Um bei einem Termin vor Ort lange Anfahrtswege – und damit auch weitere Ansteckungsgefahren – zu vermeiden, empfehlen Senat und Bezirke, Termine in den Bürgerämtern in unmittelbarer Wohnortnähe wahrzunehmen.